

Je réponds à M. Büttiker. Pour simplifier le droit et la réglementation en matière de trafic maritime, la Suisse est représentée dans l'Organisation maritime internationale (OMI) qui a pour but d'améliorer la sécurité du droit et de simplifier toute la législation en la matière. Nous participons aussi dans le cadre de l'OCDE aux discussions sur les mêmes sujets.

Je réponds à M. Maissen, dont j'ai admiré le goût pour la navigation en haute mer! Ce n'était pas dit à l'avance pour un Grison, mais c'est un pays qui a toujours produit des gens qui avaient la vision entrepreneuriale: il suffit de voir le nombre de pâtisseries dans le monde qui sont exploitées par les Grisons, de Catane à toute la péninsule italienne, et encore ailleurs! Si on veut mettre en rapport la flotte de haute mer et l'agriculture, je dirai que cela nous donne simplement plus de liberté. Puisqu'on peut transporter plus librement, ça nous donne plus de liberté de jouer entre nos différents partenaires, si besoin est. Lorsqu'on a la possibilité de jouer entre différents partenaires, on a aussi la possibilité de mieux défendre nos propres positions, notamment les positions qui ont pour objectif de maintenir une forte agriculture suisse avec un haut niveau d'autoapprovisionnement.

Je vous remercie de soutenir ce projet qui, je l'espère, est moins délicat que le premier crédit demandé pour l'Expo.02.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Bundesbeschluss über die Erneuerung des Bürgerschafts-Rahmenkredit für die Sicherung eines ausreichenden Bestandes an Hochseeschiffen unter Schweizer Flagge

Arrêté fédéral renouvelant le crédit-cadre pour cautionnement visant à garantir un nombre suffisant de navires de haute mer battant pavillon suisse

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Ausgabe 34 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes 34 Stimmen
(Einstimmigkeit)

02.003

Aussenwirtschaftspolitik. Bericht 2001

Politique économique extérieure. Rapport 2001

Zweitrat – Deuxième Conseil

Bericht und Botschaften des Bundesrates 09.01.02 (BBl 2002 1263)

Rapport et messages du Conseil fédéral 09.01.02 (FF 2002 1198)

Nationalrat/Conseil national 05.03.02 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 06.03.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 14.03.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 22.03.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 22.03.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Reimann Maximilian (V, AG), für die Kommission: Der neue Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik ist einmal mehr inhaltlich umfassend und sachlich wohl dokumentiert ausgefallen und zeugt von der tiefen Verankerung der Schweizer Wirtschaft in der Weltwirtschaft. Insbesondere zeichnet der Bericht den Weg nach, den unsere Wirtschaft im konjunkturell schwierigen Berichtsjahr auf dem Parkett des zunehmend globalisierten Welthandels eingeschlagen hat.

In der Kommission warf der Bericht keine hohen Wellen. Wir nahmen ihn zur Kenntnis unter bester Verdankung der grossen Arbeit, die die in verschiedenen Departementen angesiedelten Verfasser geleistet hatten. Bewusst verzichteten wir darauf, unsere Kenntnisnahme mit einem spezifischen Prädikat – also positiv oder negativ – zu verbinden. Diesen einstimmigen Antrag auf wertneutrale Kenntnisnahme richtet die Kommission ans Plenum. Ebenso beantragen wir Ihnen einstimmig, den in der Vorlage enthaltenen acht Wirtschaftsabkommen zuzustimmen.

Ich verzichte darauf, den Bericht einer weiteren generellen Würdigung zu unterziehen, und beschränke mich auf ein paar besondere Anmerkungen.

Zum Kapitel über die europäische Wirtschaftsintegration wird unsere Aussenpolitische Kommission, wie Sie vielleicht bereits wissen, demnächst einen eigenen Bericht verabschieden. Die Kommission wird ihn am 18. März, also am nächsten Montag, bereinigen und ihn dann zur Veröffentlichung freigeben. Wir haben darin den Rahmen weiter gezogen und uns nicht nur auf die rein wirtschaftspolitische Komponente beschränkt, sondern ihn auf alle uns offen stehenden integrationspolitischen Optionen ausgedehnt. Ich habe bewusst schon jetzt auf unseren eigenen Bericht verwiesen, weil er gegenüber dem vorliegenden Aussenwirtschaftsbericht des Bundesrates zum Teil unterschiedliche Akzente setzt. Der Bundesrat lässt sich unter Ziffer 3.1 seines Berichtes über die weiteren Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU wie folgt vernehmen: Kurzfristiges Ziel: Inkraftsetzung und Umsetzung der sieben bilateralen Abkommen, also der «Bilateralen I». Damit sind wir voll und ganz einverstanden. Mittelfristiges Ziel: Aushandlung der «Bilateralen II». Auch hier unterstützen wir den Bundesrat voll und ganz in seiner Strategie einer grundsätzlich parallelen und koordinierten Verhandlungsführung in allen zehn Bereichen. Es ist richtig, dass Verhandlungen über Einzelbereiche nur aufgenommen werden, wenn auch Brüssel eine ausreichende Verhandlungsbereitschaft für alle anderen Bereiche zusichert. Wir haben den Bundesrat aber ausdrücklich davor gewarnt, Verpflichtungen einzugehen, die die automatische Übernahme von künftigem EU-Recht vorsehen würden. Das gilt insbesondere für das Dossier «Innere Sicherheit», also das Schengener und das Dubliner Abkommen.

Nicht überall auf Akzeptanz gestossen ist hingegen das längerfristige Ziel, nämlich der Beitritt der Schweiz zur EU. Ich weiss nicht, ob der Bundesrat gut beraten war, dieses Ziel nach der massiven Versenkung der Volksinitiative «Ja zu Europa!» am 4. März letzten Jahres in diesem Aussenwirt-

schaftsbericht gleichen Jahrgangs nochmals so prominent hervorzuheben.

Persönlich – nicht in meiner Eigenschaft als APK-Präsident – möchte ich dazu noch Folgendes bemerken: Die Abstimmung vom 3. März 2002 über den Uno-Beitritt ist nicht zuletzt deshalb gewonnen worden, weil sich im Abstimmungskampf eine ganze Reihe von Befürwortern mit der Devise «Ja zur Schweiz, Ja zur Uno, aber Nein zu einem EU-Beitritt» engagiert hat – so auch ich. Deshalb soll der Bundesrat auch an dieser Stelle von mir zu hören bekommen, dass die Zeit für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU für mich weder in der nächsten noch in der übernächsten Legislaturperiode kommt. Ich werde ihm in dieser Hinsicht meine Gefolgschaft verweigern. Dieses persönliche Ceterum censeo wollte ich hier mit allem Nachdruck unterbringen. Wenn ich trotzdem darauf verzichtet habe, einen Antrag auf Kenntnisnahme dieses Berichtes in ablehnendem Sinn zu stellen, so aus zwei Gründen:

1. Der Bericht reflektiert nur die Sicht des Bundesrates, die ich gerne zur Kenntnis nehme.
2. Es wäre unverhältnismässig, nur wegen dieser Passage auf Seite 36 des Aussenwirtschaftsberichtes ein ablehnendes Urteil über den ganzen und in sich genommen sehr guten Bericht zu fällen.

Im Folgenden äussere ich mich wieder in meiner Eigenschaft als Kommissionspräsident und möchte noch drei Anmerkungen anbringen:

1. Ein Wort zum Wirtschaftswachstum und zur Arbeitslosigkeit in der Schweiz: Es ist sehr zu begrüßen, dass der Bericht da klare Akzente setzt und mit falschen Klischees aufräumt. Dank seiner traditionell vorbildlichen wirtschaftspolitischen Öffnung hat unser Land während Jahrzehnten hohe Wachstumsraten erzielt. Diese haben sich in den letzten Jahren verflacht, was aber kein Alarmsignal ist, denn ein Land mit so hohen Standards wie die Schweiz kann im Vergleich zu den Schwellenländern und den neu globalisierten Ländern gar keine hohen Wachstumsraten mehr erzielen. Im Übrigen haben wir zum Thema Wachstum noch einen vertiefenden Zusatzbericht angefordert. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, dass wir im Inland über eine hohe Erwerbsquote und eine möglichst tiefe Arbeitslosigkeit verfügen. Dieses Ziel haben wir nicht zuletzt dank guter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen erreicht. Wer daran zweifelt, möge sich doch die Statistik über die Arbeitslosenraten in der Schweiz, der EU und den OECD-Ländern auf Seite 21 des Berichtes zu Gemüte führen.

2. Zum Thema Globalisierung und Armut: Auch da räumt der Bericht – wissenschaftlich erhärtet – mit einigen Klischees auf, die von Globalisierungsgegnern fast gebetsmühlenartig immer wieder in die Welt gesetzt werden. Man beachte dazu das Kapitel 1.2: «Die Globalisierung begünstigt die Verringerung der Armut» – und nicht umgekehrt.

Dieser Prozess braucht Zeit, viel Zeit, aber dank gezielter, internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit sicher nicht so viel Zeit, wie die heutigen so genannten reichen Länder für die Erreichung dieser Standards gebraucht hatten.

3. Zum Einbezug von KMU, also von kleinen und mittleren Unternehmen, in unsere Aussenwirtschaft äussert sich der Bericht nicht spezifisch, doch wissen wir, dass unsere zuständigen Bundesämter im Volkswirtschaftsdepartement, im EDA, im Finanzdepartement wie auch im UVEK wichtige Arbeit leisten.

Aber, Herr Bundesrat, man hört aus der Praxis immer wieder Stimmen, die auf Mängel hinweisen und Verbesserungen propagieren. Beispielsweise habe ich ein Schreiben der *Fédération des Chambres de Commerce Suisse-Africaines* (FCCSA) erhalten, datiert vom 7. März dieses Jahres. Ich übergebe es Ihnen anschliessend gerne zur Kenntnisnahme und weiteren Bearbeitung. Ich kann nicht beurteilen, wie repräsentativ die FCCSA ist, aber sie bemängelt die Koordination zwischen einzelnen Bundesämtern bei der Behandlung von Projekten und Projektkrediten. Der administrative Aufwand sei vor allem für KMU zu gross. Man wünscht sich seitens der Gesuchsteller eine einzige Anlaufstelle, «un guichet unique». Gerade die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika

wäre aus der Sicht der Privatwirtschaft noch vermehrt ausbaufähig, zum Wohle beider Seiten, wenn da die administrativen Kanäle besser koordiniert und damit noch effizienter gestaltet werden könnten. Ich wäre froh, Herr Bundesrat, wenn Sie sich dieses Schreibens persönlich annehmen könnten, umso mehr, als Sie ja durch Ihre Besuche in Afrika diesem Kontinent den ihm gebührenden Stellenwert nie versagt haben.

So weit meine Ausführungen zum Aussenwirtschaftsbericht 2001. Ich darf Sie bitten, ihn im Sinne des Antrages Ihrer Kommission zur Kenntnis zu nehmen.

Forster-Vannini Erika (R, SG): Der Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik wirft im Rat jeweils keine hohen Wellen; trotzdem verdient er unsere volle Aufmerksamkeit. Ich gestatte mir, trotz gelichteten Reihen, auch als Nichtkommissionsmitglied einige Bemerkungen.

Der Bericht ist ausgesprochen vielseitig. Es ist zu hoffen, dass die mit ansprechenden Bildern versehene Publikation auch von einer weiteren interessierten Öffentlichkeit gelesen wird. Die darin enthaltenen Informationen sind aufschlussreich, gerade was die Vernetzung unseres Landes mit der übrigen Welt angeht. Der Bericht hat aber auch innenpolitische Bedeutung, denn er stellt einmal mehr klar, wie vielfältig und ständig wachsend auch das internationale Netz der Zusammenarbeit ist, in dem die für uns besonders wichtige europäische Wirtschaft organisiert ist und in dem die einzelnen Länder sich wirtschaftlich entfalten und wachsen können. Er zeigt insbesondere die Zusammenhänge auf zwischen Grössen wie Wirtschaftslage, Wachstum und Beschäftigung einerseits und der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz andererseits. Ebenso weist er auf unser Bemühen hin, auf der eigenen, relativ schmalen institutionellen Basis den Anschluss an die grösser werdenden Wirtschaftsräume nicht zu verpassen.

Auch im letzten Jahr sind unserer Wirtschaftsdiplomatie einige Erfolge gelungen, welche für die Weiterentwicklung unserer aussenwirtschaftlichen Beziehungen eine Rolle spielen. So ist unter anderem davon auszugehen, dass die Ministerkonferenz in Toledo den Empfehlungen einer Expertengruppe nachkommt, es sei eine kleine Freihandelszone EU/Efta/Marokko/Tunesien zu schaffen. Damit rückt ein namentlich – aber nicht nur – für die Textil- und Bekleidungsindustrie ausserordentlich wichtiges Zwischenziel in greifbare Nähe. Es ist weiterhin alles zu unternehmen, damit es zu einem raschen Ergebnis kommt. Gerade am Beispiel dieses Freihandelsabkommens bestätigt sich aber auch, dass heutzutage Lösungen zugunsten der Schweiz nur noch zustande kommen, wenn die Interessenlage unserer Handelspartner kongruent mit der unsrigen ist.

Ist dem nicht so, dann präsentiert sich ein ganz anderes Bild, und das zeigt sich im Fall des Freihandelsabkommens mit Jordanien. Dieser Vertrag kommt seit dem 1. Januar 2002 provisorisch zur Anwendung. Gemäss dem Vertrag gewährt die Efta für alle Ursprungserzeugnisse Jordaniens sofort völlige Zollfreiheit, während Jordanien den Abbau seiner Zölle nach einem komplizierten Schema bis auf zwölf Jahre hinaus erstrecken kann. Ausgenommen vom jordanischen Zollabbauplan sind jedoch unter anderem textile Bodenbeläge und Bekleidungsware. Für diese Produkte gibt es keinen jordanischen Zollabbauplan.

Nachdem selbst die EU in ihrem Euromed-Abkommen mit Jordanien keine besseren Ergebnisse erreichen konnte, ist es an sich nicht verwunderlich, dass das Abkommen zwischen der Efta und Jordanien auch nicht besser ist. Herr Bundesrat, als eine einmalige Erscheinung mag eine solche Lösung noch durchgehen. Sie darf aber unter keinen Umständen in anderen Freihandelsabkommen Eingang finden und darf auch nicht zur Regel werden.

In diesem Sinne beantrage ich, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen.

Schmid Carlo (C, AI): In Ziffer 3.1.3 des Separatberichtes referiert der Bundesrat über Vorbereitung und Aufnahme von

Verhandlungen für weitere bilaterale Abkommen mit der EU. Wir wissen, dass hier so genannte «leftovers» bestehen, also Restanzen aus dem ersten Teil der bilateralen Verhandlungen, und dann drei wichtige Bereiche, nämlich Verhandlungen im Bereich der Zinsbesteuerung, im Bereich der Liberalisierung der Dienstleistungen und bei der justiziellen Zusammenarbeit – Stichworte Schengen und Dublin.

Mittlerweile hat der Bundesrat die Konsultation bei den Kantonen, den interessierten Verbänden und auch bei den Ausenpolitischen Kommissionen abgeschlossen, das Verhandlungsmandat definiert und sich in Verhandlungen begeben. Ich wäre dankbar, wenn uns der Herr Volkswirtschaftsminister über den Stand der Situation der Verhandlungen etwas Auskunft geben könnte.

In diesem Zusammenhang möchte ich gegenüber unserem Kommissionspräsidenten, der mitgeteilt hat, dass die Ausenpolitische Kommission diese Verhandlungen grundsätzlich begrüsst, eine kleine Nuance anfügen. Das ist nach der Sitzung vom 10. Januar 2002 auch so kommuniziert worden. Das ist nicht falsch, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Die Kommission hat dem Bundesrat in allen drei Bereichen – Abkommen von Schengen, Dienstleistungsbereich und Zinsbesteuerung – klare Jalons gesetzt. Davon hat der Kommissionspräsident vielleicht das Wichtigste doch hervorgehoben: Die automatische Übernahme eines künftigen EU-Acquis kommt für uns nicht infrage. Das wäre ein Rückschritt sogar hinter den EWR. Es wäre eine «Satellisierung» der Schweiz in wichtigsten Bereichen und hätte in einer Volksabstimmung zweifellos keinerlei Chance.

Nebst diesem staatspolitischen, institutionellen Bereich liegt es mir daran, den Bundesrat darauf hinzuweisen, dass auch bei den Dienstleistungen innenpolitisch grosse Probleme vorhanden sind.

Die Liberalisierung der Dienstleistungen nach EU-Muster umfasst ein sehr breites Spektrum an Dienstleistungen. Da haben wir in der Schweiz im Moment eine Situation, die der Bundesrat nicht unbeachtet lassen darf. Das Elektrizitätsmarktgesetz ist noch keineswegs über die Runden. Es sind noch keine klaren Konturen ersichtlich, wie sich das Schweizer Volk zur Liberalisierung des Strommarktes stellt. Der Bundesrat scheint das auch zu wissen, hat er doch die Abstimmung verschoben und den Verordnungsentwurf noch einmal überarbeitet.

Auch bei den Dienstleistungen im Bereich des Service public – bei der Post usw. – besteht keine Unité de doctrine, die darauf abzielte, mit fliegenden Fahnen in Richtung Deregulierung zu laufen. Sie haben gerade in dieser Session gesehen, wie sich hier die politische Situation darstellt. Mit anderen Worten: Es dürfte heikel sein, über den Umweg internationaler Verträge eine Deregulierungswelle auszulösen, die innenpolitisch nicht abgesichert ist.

Was das Abkommen von Schengen betrifft, meine ich, dass aufgrund der Implikationen sowohl polizeilicher als auch föderalistischer Natur, aber auch aufgrund der grossen Nebenwirkungen, die das Abkommen von Schengen auf das Bankgeheimnis, auf die Zinsbesteuerung usw. haben kann, höchste Sorgfalt am Platz ist. Ich wäre dankbar, wenn Herr Bundesrat Couchepin einige Ausführungen zu diesem Punkt machen könnte.

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: Tout d'abord, quelques remarques sur la situation économique et les perspectives. Depuis la rédaction du rapport, qui intervient durant les mois d'octobre, de novembre et de décembre, jusqu'à ce jour, on a constaté une tendance à l'affaiblissement conjoncturel synchronisé dans pratiquement toutes les régions du monde.

Au deuxième semestre 2001, les économies principales du monde – Etats-Unis, Allemagne, Japon – étaient en récession; et avec 1 pour cent de croissance seulement, les pays industrialisés ont connu leur plus faible taux de croissance depuis 20 ans. Ce choc a laissé des traces profondes dans l'économie suisse. Après une expansion de quatre ans, les exportations de marchandises ont atteint leur som-

met au premier trimestre de l'an passé. Depuis lors, elles sont tendanciellement en léger déclin. S'il reste un certain dynamisme, c'est essentiellement dû à l'industrie pharmaceutique.

On constate que la plus grande partie de la croissance des années nonante était due à la croissance du secteur pharmaceutique, ce qui doit provoquer chez nous quelques réflexions supplémentaires sur la nécessité de soutenir dans l'ensemble du monde les efforts faits pour promouvoir la sécurité du droit dans le domaine de la propriété intellectuelle. Cela doit aussi nous inciter à des réflexions, lorsqu'on parle d'importations parallèles, sur les risques qu'on peut faire courir à notre industrie pharmaceutique si, pour favoriser des importations parallèles, on met en danger le droit de la propriété intellectuelle.

La consommation dans l'ensemble a été bonne en Suisse, et c'est elle qui a encore soutenu le peu de croissance que nous avons connu l'an passé.

Quelles sont les perspectives? Les perspectives sont meilleures, elles sont plus optimistes que celles qu'on aurait développées à la fin de l'année passée. On peut espérer une reprise qui débiterait d'abord aux Etats-Unis; elle serait particulièrement forte dans ce pays. Il y a eu toute une série de baisses de taux d'intérêt qui devraient avoir un effet conjoncturel. Si on admet qu'il y a 18 mois environ entre la baisse des taux d'intérêt et l'efficacité de la mesure, on devrait être maintenant dans la cible et les Etats-Unis devraient bénéficier d'une reprise conjoncturelle; ça semble bien être le cas. Les perspectives sont un peu moins favorables quant à la reprise en Europe. Cette année, la croissance du commerce mondial restera à un niveau encore bas. On peut espérer qu'elle reprendra de la vigueur l'an prochain et qu'elle se poursuivra ensuite.

Tout cela nous amène à discuter de la politique économique que nous devons mener dans les années qui viennent. La politique monétaire n'est pas du ressort du Conseil fédéral. C'est la Banque nationale qui la mène, mais nous pouvons quand même juger ce qui a été fait, et nous disons notre appréciation de la réaction rapide de la Banque nationale. La politique budgétaire, c'est vous qui la faites avec le Conseil fédéral. On a obtenu un certain nombre de succès dans la consolidation des finances fédérales. Le revirement actuel ne doit pas finir en dérapage et je crois que des mesures seront prises au niveau du Conseil fédéral, et probablement aussi à votre niveau.

Les réformes structurelles doivent être continuées. J'ai été un peu surpris par une partie de l'intervention de M. Schmid Carlo – j'y reviendrai tout à l'heure – en ce qui concerne les négociations bilatérales. Je crois qu'il faut saluer positivement tous les efforts de dérégulation qui sont faits. Ils sont faits parfois sous l'influence de la politique internationale, des engagements que l'on prend au niveau international, mais même s'il n'y a pas d'engagements internationaux, il est nécessaire de poursuivre une politique de réforme.

M. Reimann a posé la question de savoir pourquoi la croissance économique a été faible, et j'ai vu dans les journaux que ça devient un thème. C'est juste, il est important de se demander pourquoi la croissance économique de la Suisse a été faible durant les années nonante. On pensait avoir fait nos devoirs, mais on constate que la récompense n'est pas là. Le SECO a préparé un rapport sur ce sujet, qui a été soumis récemment au Conseil fédéral et qui sera publié sous peu, dès que les traductions dans les différentes langues nationales seront prêtes. Nous ne voulons pourtant pas en rester à un rapport sur la politique de croissance et les objectifs qu'il faut atteindre pour que la croissance soit meilleure. Nous avons proposé de créer une commission au sein du Conseil fédéral avec des sous-commissions par département, ou en tout cas par objet, pour étudier les mesures concrètes qui doivent être prises pour redonner une certaine impulsion à la croissance à long terme.

Ce qu'il y a de certain, encore une fois, c'est que la concurrence doit être accrue à l'intérieur: la loi sur les cartels et puis ensuite la loi sur le marché intérieur doivent être révisées. L'ouverture du marché de l'électricité doit aboutir. La

réforme de la politique agricole doit se poursuivre – on sait que l'Union européenne envisage l'abolition des contingents laitiers dans un délai de cinq à six ans. Nous devons accompagner cette transformation à l'intérieur, de telle sorte que notre agriculture puisse assurer ses parts de marché.

Le marché du trafic postal doit faire l'objet d'un examen. On constate que, par rapport à l'Union européenne, nous sommes en retard dans l'ouverture du marché du trafic postal. Cela a des conséquences pour la Suisse aussi. Les prix sont généralement plus élevés que dans d'autres pays. Et si vous demandez à des branches comme la vente par correspondance, elles vous diront que leur survie dépend de la qualité de la prestation et du niveau de prix en ce qui concerne le domaine postal. C'est la raison pour laquelle un effort d'ouverture et d'accroissement de la concurrence – je ne dis pas de privatisation, car c'est un autre débat – doit être fait dans ce domaine parce que si on ne le fait pas, certaines branches seront mises en péril. Si, par exemple, les entreprises de vente par correspondance venaient à disparaître du fait de conditions-cadres qui ne sont pas favorables, c'est un élément de concurrence qui disparaîtrait dans le pays et on n'aura pas la pression sur les prix qui est absolument indispensable si on veut pouvoir réduire l'écart entre les prix suisses et les prix étrangers.

Le tourisme, par exemple, a besoin de ce rapprochement des prix entre la Suisse et l'étranger, sans pour autant espérer atteindre les prix étrangers. Il y a un certain nombre d'éléments qui font qu'une différence de prix de 10 à 15 pour cent est justifiée en Suisse, mais au-delà, c'est probablement le fruit du manque de réformes structurelles. C'est probablement à cause de ce manque de concurrence que nous avons des prix trop élevés, de 10 à 15 pour cent, par rapport aux pays voisins. On pourrait évoquer encore le trafic routier et ferroviaire. Mais le message essentiel, c'est que les réformes doivent être poursuivies.

On a parlé et on parle dans ce rapport des négociations bilatérales. Les «Bilatérales I» sont maintenant closes. Quelqu'un disait que c'est un petit peu comme «Le Château» de Kafka: chaque fois que l'on ferme une porte, il y en a une autre qui s'ouvre et on n'arrive pas encore tout à fait au résultat. Il nous semblait que tout était en ordre et ratifié, mais une dernière porte s'est encore ouverte. Il semble qu'Euratom doit encore donner son placet, ce qui n'est pas un problème, mais qui retarde de quelques jours peut-être la fin du parcours du combattant des négociations bilatérales. On espère arriver à les mettre en vigueur au 1er mai ou au 1er juin prochain. Après tant de mois et d'années d'attente, on n'est pas à 30 jours près! Avant l'été, ça devrait être définitivement sous toit.

Maintenant, nous en sommes aux «Bilatérales II». En juin de l'an passé, nos négociateurs et ceux de l'Union européenne ont abouti à un accord formel sur l'idée du parallélisme, c'est-à-dire que l'on a décidé de lancer des négociations sur l'ensemble des sujets. A ce jour, la Suisse a préparé la totalité des mandats, par contre l'Union européenne n'a pas encore préparé la totalité des mandats.

Il n'y a pas de raison que nous renoncions au parallélisme, c'est-à-dire à la volonté que les négociations débutent sur l'ensemble des sujets en même temps. C'est une affaire de forme qui ne doit pas interférer avec les problèmes de fond. L'Union européenne, comme vous le savez, a un intérêt à la discussion sur la fiscalité de l'épargne et sur la lutte contre la contrebande et la fraude douanière. Les négociations, du fait du parallélisme, n'ont pas formellement commencé, mais toute une série de discussions préliminaires ont eu lieu.

M. Schmid Carlo a rappelé la prise de position des cantons et d'un certain nombre de forces sociales et politiques en Suisse au sujet de Schengen et des risques que peut faire courir Schengen si on admet l'acquis, et l'acquis évolutif, dans Schengen. La situation est relativement simple: nous souhaitons l'ouverture de la négociation sur Schengen/Dublin, mais nous ne voulons subir aucun diktat. Nous souhaitons négocier et obtenir un certain nombre de clauses de protection, des restrictions, voire des exceptions. Ce sont nos objectifs. Il n'est pas certain que nos partenaires soient

d'accord avec nos objectifs; par conséquent, quand on négocie, on n'est jamais sûr d'aboutir. Si nous devons arriver demain à la conclusion que les objectifs qu'on s'est fixés n'ont pas été atteints, il faudra avoir le courage de tirer la conclusion qu'on devra abandonner tel ou tel sujet de négociation. Mais il serait faux, au départ, d'exiger du Conseil fédéral qu'il vous donne les résultats de la négociation et que le mandat soit, au fond, l'équivalent du résultat de la négociation. Aujourd'hui, nous en sommes au stade du mandat, de la négociation. Dire que nous voulons négocier sur Schengen, sur la fiscalité de l'épargne et sur la coopération en matière de lutte contre la fraude douanière – comme l'Union européenne le souhaite –, cela ne signifie pas que nous aboutirons à coup sûr. Les résultats de la négociation seront évalués par le gouvernement d'abord et ensuite par vous; enfin, on décidera ce qui est digne d'être soumis à l'approbation du Parlement et du peuple.

La situation est très différente de celle que l'on connaissait lors des «Bilatérales I», où il y avait le parallélisme – tout était lié –, et l'échec dans un sujet entraînait l'échec partout ailleurs. Aujourd'hui, le parallélisme consiste simplement dans la démarche suivante, acceptée par l'Union européenne en juin 2000, même si elle hésite un petit peu maintenant: on part pour l'ensemble des négociations en même temps, et rien n'empêche qu'on aboutisse plus rapidement sur un sujet; ce que nous souhaitons, c'est qu'il y ait un certain équilibre en cours de route et dans le résultat global. Donc, ne vendons pas la peau de l'ours avant de l'avoir tué. Je n'ose prétendre que l'Union européenne est un ours qu'on aurait l'intention de tuer. Il serait un peu gros pour nous, et ce n'est pas notre but. On souhaite beaucoup de bonheur à l'Union européenne, on n'a pas intérêt à ce que notre meilleur partenaire soit en mauvaise santé. Mais ne vendons pas les résultats avant d'avoir négocié. On verra les résultats de la négociation.

Passons aux négociations de l'AELE avec les pays tiers. Depuis un certain nombre d'années, l'AELE a manifesté plus de dynamisme et elle a conduit des négociations avec des pays d'outre-mer, le Canada – nous n'avons malheureusement pas abouti –, le Mexique – nous avons abouti –, le Chili – les négociations sont en cours, elles ne sont pas très faciles, pour des raisons non pas de fond, mais de philosophie de la négociation –, Singapour – là, nous avons eu quelques soucis parce que notre partenaire norvégien voulait introduire dans l'accord une mention que notre partenaire de Singapour ne voulait pas reprendre. Il semble que l'on ait trouvé une solution et que l'on puisse ainsi aboutir à un accord de libre-échange avec Singapour. Nous espérons, demain, c'est un espoir encore fragile, lancer des négociations avec le Japon. Nous avons depuis des années espéré conclure un accord avec la Tunisie. Ce n'est pas encore acquis, mais cette année, nous devrions avoir une décision définitive. Peut-être serons-nous contraints de signer seuls cet accord si nos partenaires norvégiens ne peuvent pas accepter certaines clauses que la Tunisie considère comme indispensables.

Mme Forster a parlé de l'accord avec la Jordanie. Je vois bien la perspective, que nous partageons. Un jour, il faudrait avoir le cumul paneuropéen-méditerranéen, comme on a réussi à obtenir le cumul paneuropéen. Pour cela, il faut donc qu'on aboutisse avec toute une série de pays du pourtour de la Méditerranée. J'ai évoqué il y a un instant la Tunisie. Il faudra entreprendre des négociations avec l'Egypte. L'accord avec la Jordanie prévoit que certains produits, notamment textiles, ne font pas l'objet d'un calendrier de démobilitation tarifaire défini. L'accord stipule que ce calendrier sera fixé par décision du comité mixte quatre ans après l'entrée en vigueur de l'accord. Ce traitement est l'équivalent de celui qui a été introduit dans l'accord d'association Union européenne-Jordanie. D'une manière générale, on essaie d'être en parallèle avec l'Union européenne et d'avoir le même contenu, dans nos accords, que l'Union européenne elle-même. Dans ce cas-là, l'Union européenne n'a pas non plus obtenu cette démobilitation. Ce n'est pas un précédent, mais c'est un cas. Finalement, mieux vaut parfois un accord

de libre-échange sans cette clause, si nos concurrents ne l'ont pas non plus, que pas d'accord du tout alors que nos concurrents acceptent ce type d'accord et, ainsi, ouvrent à leurs entreprises des perspectives – dans des secteurs autres que le textile – que nous renoncerions à ouvrir aux nôtres si on n'acceptait pas cet accord, y compris lorsqu'il ne comprend pas le textile.

Le textile est un des éléments les plus délicats qui soient au monde. Les choses vont bientôt se terminer puisque le fameux accord sur le textile, qui existe dans le monde et qui a été accepté par l'OMC, n'a plus qu'une durée très limitée dans le temps, de deux ans ou trois ans au maximum. Après, le textile deviendra une marchandise comme une autre avec moins de restrictions contingentaires, mais il pourra toujours rester des restrictions d'ordre tarifaire.

Antrag der Kommission
Vom Bericht Kenntnis nehmen
Proposition de la commission
Prendre acte du rapport

Angenommen – Adopté

Le président (Cottier Anton, président): Nous passons à l'examen des huit projets.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

1. Bundesbeschluss über das Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien

1. Arrêté fédéral portant approbation de l'Accord de libre-échange entre les Etats de l'AELE et le Royaume hachémite de Jordanie

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 24 Stimmen
(Einstimmigkeit)

2. Bundesbeschluss über das Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Staaten und der Republik Kroatien

2. Arrêté fédéral portant approbation de l'Accord de libre-échange entre les Etats de l'AELE et la République de Croatie

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 24 Stimmen
(Einstimmigkeit)

3. Arrêté fédéral concernant la modification de l'Accord de libre-échange entre l'AELE et la Turquie relative à l'assistance administrative mutuelle en matière de douane

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 24 Stimmen
(Einstimmigkeit)

4. Bundesbeschluss über die Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft und mit Norwegen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems

4. Arrêté fédéral concernant les accords avec la Communauté européenne et la Norvège dans le cadre du Système généralisé de préférences

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 24 Stimmen
(Einstimmigkeit)

5. Bundesbeschluss betreffend die Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Jugoslawien sowie Bosnien und Herzegowina

5. Arrêté fédéral concernant les Accords de commerce et de coopération économique entre la Confédération suisse et la République fédérale de Yougoslavie et la Bosnie et Herzégovine

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 24 Stimmen
(Einstimmigkeit)

6. Bundesbeschluss betreffend Rückversicherungsverträge auf dem Gebiet der Exportrisikogarantie zwischen der Schweiz und Frankreich sowie zwischen der Schweiz und Österreich

6. Arrêté fédéral concernant deux accords régissant les obligations réciproques de réassurance en matière de garantie contre les risques à l'exportation, entre la Suisse et la France ainsi qu'entre la Suisse et l'Autriche

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 24 Stimmen
(Einstimmigkeit)

7. Bundesbeschluss über das Internationale Kaffee-Übereinkommen von 2001

7. Arrêté fédéral portant approbation de l'Accord international de 2001 sur le café

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes 24 Stimmen

(Einstimmigkeit)

8. Bundesbeschluss zum Übereinkommen über die Aufgaben der Internationalen Studiengruppe für Jute von 2001

8. Arrêté fédéral concernant l'Accord portant mandat du Groupe d'étude international du jute 2001

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes 24 Stimmen

(Einstimmigkeit)

02.005

Delegation Efta/ Europäisches Parlament. Bericht

Délégation AELE/ Parlement européen. Rapport

Zweitrat – Deuxième Conseil

Bericht Efta/EP-Delegation 22.01.02

Rapport Délégation AELE/PE 22.01.02

Nationalrat/Conseil national 06.03.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 14.03.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Antrag der Kommission

Vom Bericht Kenntnis nehmen

Proposition de la commission

Prendre acte du rapport

Wenger Rico (V, SH), für die Kommission: Über die Zusammensetzung der Delegation und die Art der Zusammenkünfte orientiert Sie der Bericht. Die Delegation hat zwei institutionell getrennte Aufgabenbereiche, die ursprünglich von zwei Subkommissionen wahrgenommen wurden. 1995 wurden sie zusammengelegt, da sich ihre Aufgaben inhaltlich überlappen. Die Delegation vertritt erstens die Bundesversammlung in den Parlamentarierkomitees der Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta), zweitens ist sie für die Beziehungen zum Europäischen Parlament zuständig. Sie ist ein Konsultationsorgan mit der diesen Gremien generell innewohnenden schwachen Wirkung bezüglich handfester Ergebnisse. Der Sprechende war als Vizepräsident dankbar, dass sich Kollege Rolf Schweizer dazu bereit gefunden hat, an seiner Stelle das Präsidium der Delegation zu übernehmen, um das halbe Dutzend jährlicher Termine in Brüssel oder in den Efta-Staaten mehrheitlich oder auch vollumfänglich wahrzunehmen.

Ein wichtiges Thema zwischen den Efta-Delegationen waren die Efta-Drittlandbeziehungen, insbesondere die neuen Wirtschaftsabkommen mit Mexiko, Jordanien und Kroatien – wie

wir das jetzt auch beim Aussenwirtschaftsbericht gehört haben – sowie die sich im Gang befindenden Verhandlungen mit Chile, Singapur und Kanada. Die Mitglieder des Efta-Parlamentarierkomitees unterstützen die Aushandlung weiterer Freihandelsabkommen der Efta. Das gemeinsame Auftreten der Efta-Mitglieder vermag ihre Verhandlungsposition in der Regel auch zu stärken. Allerdings ist es nicht immer einfach, eine gemeinsame Position innerhalb der Efta zu finden, da die wirtschaftlichen Prioritäten der einzelnen Länder teilweise unterschiedlich sind.

Die Delegation stellte fest, dass die Partnerländer der Freihandelsabkommen aus verschiedenen Weltregionen stammen und wirtschaftlich unterschiedlich strukturiert sind. Somit lassen sich die Kriterien, nach denen die Drittstaaten ausgewählt werden, nicht eindeutig festlegen. Es handelt sich jedoch um Staaten, die andere Freihandelsabkommen abgeschlossen haben oder abzuschliessen gedenken, in erster Linie mit der EU. Die Mitglieder der Efta streben die Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen an, die sich andernfalls ergeben könnten.

Ein Grossteil der Sitzungszeit gilt zudem der Beobachtung des Funktionierens des EWR. Hier hat die Schweiz bekanntlich nur Beobachterstatus. Dieser versetzt sie allerdings in die Lage, die Problematik der EWR-Staaten im schwerfälligen EU-Mitwirkungsmechanismus hautnah zu erleben. Der Bericht sagt darüber etwas mehr aus.

Im dritten Themenkreis orientierte die Schweizer Delegation für die Beziehungen zum Europäischen Parlament über die Entwicklungen im Gefolge der Regierungskonferenz von Nizza und des Gipfels von Göteborg. In Nizza habe man sich auf das politisch Machbare geeinigt; es seien jedoch noch weitere politische Reformen nötig, vor allem in Hinblick auf die Ost-Erweiterung. Göteborg sei grundsätzlich positiv zu werten, da jetzt ein Zeitplan für die Erweiterung vorliege. Die Vertreter der EP-Delegation waren der Ansicht, dass sich die EU-Kommission im Zusammenhang mit dem negativen Ausgang der Volksabstimmung in Irland über den Vertrag von Nizza ungeschickt verhalten und gegenüber dem Instrument der direkten Demokratie nicht genug Respekt gezeigt habe. Die europäischen Parlamentarier zeigten sich davon überzeugt, dass die demokratische Dimension der EU gestärkt werden muss, wobei sie dem Parlament die wichtigste Rolle zuwiesen. Dieses riskiere aber, an politischer Bedeutung zu verlieren.

Das sind meine Ausführungen zum Bericht der Efta/EP-Delegation. Sie können im Bericht weitere Details nachlesen. Ich bitte den Rat, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Angenommen – Adopté

00.3407

Motion GPK-NR. Umsetzung des Binnenmarktgesetzes. Beschwerderecht der Wettbewerbskommission

Motion CdG-CN. Mise en oeuvre de la loi sur le marché intérieur. Droit de recours de la Commission de la concurrence

Einreichungsdatum 27.06.00

Date de dépôt 27.06.00

Nationalrat/Conseil national 05.06.01

Bericht WAK-SR 24.01.02

Rapport CER-CE 24.01.02

Ständerat/Conseil des Etats 14.03.02